

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Zugpreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatl. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Einverständnis 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Diehungskisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und prägeschlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 212

Sonntag, 11. September

1921

Aus dem Justizministerium wird mitgeteilt: In verschiedenen Tageszeitungen ist mitgeteilt worden, es sei ein im Juni 1921 eingeleitetes staatsanwaltschaftliches Verfahren gegen die Deutschnationalen Volkspartei und gegen die Organisation 'Sicherheit' auf Veranlassung des neuen Justizministers Dr. Zeigner wieder aufgenommen worden. Diese Mitteilung entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen.

Es handelt sich um ein Ermittlungsverfahren gegen den Major a. D. Helm, den Hauptmann a. D. Reinhold von der Organisation 'Sicherheit' und Dr. Kürbs, sämtlich in Dresden. Dr. Helm und Dr. Kürbs haben im Juni 1921 gegenwärtigen militärischen Verbänden Rangkassen beigefügt. Es fragte sich, ob sie damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 verstoßen haben. Die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren gegen die Beteiligten eingestellt, weil ihnen nicht zu widerlegen sei, daß sie den sächsischen Heimatschutz als eine von der Reichsregierung mindestens teilweise anerkannte Organisation gehalten hätten.

Dr. Justizminister Dr. Harnisch hatte am 2. Juli 1921 die Nachprüfung dieses Ermittlungsverfahrens angeordnet. Das ist bis zum 7. September 1921 unterblieben. In diesem Tage hat Dr. Zeigner von sich aus die Nachprüfung angeordnet, insbesondere in der Richtung, ob es Verstoß gegen die Bekanntmachung der Reichsregierung vom 24. Juni 1921, betreffend die Organisation 'Sicherheit', vorliegt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Von einem Ermittlungsverfahren gegen die Deutschnationalen Volkspartei als solche, von dem Dr. Zeigner in seiner Korrespondenz berichtet, ist im Justizministerium nichts bekannt.

Zum Verbot der Zeitungen.

Berlin, 9. September. Unter Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Grobner verhandelte heute nachmittags der Ausschuss des Reichspräsidenten über die Beschwerde der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August d. J. verbotenen Zeitungen. Die Beschwerde führenden Zeitungen waren vertreten. Nach längerer Beratung des Ausschusses verhandelte Dr. Grobner folgende Entscheidung: Der Ausschuss ist der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen könnten wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Verbot der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben. Es handelt sich um die 'Deutsche Zeitung', das 'Deutsche Abendblatt', das 'Deutsche Tageblatt', die 'Sächsische Zeitung', die 'Samburger Zeitung' und den 'Heimatboten' in Oeta.

Die Abrüstungskonferenz.

London, 9. September. Die 'Morningpost' meldet aus New York, daß die Vereinigten Staaten von Amerika aus Rücksicht auf einige Verbündete auf den Plan, zuerst in London die Probleme zu prüfen, die auf der Washingtoner Konferenz besprochen werden müßten, verzichtet habe.

Paris, 10. September. Der 'Matin' meldet aus dem Haag: Nach einer Washingtoner Information des 'Daily Telegraph' hat Präsident Harding Holland und Belgien zur Entwaffnungskonferenz eingeladen.

Paris, 10. Septbr. Nach einer Havas-Meldung wird die französische Delegation für die Washingtoner Abrüstungskonferenz außer Brind aus dem Kolonialminister Comau, dem französischen Botschafter in Washington, Jufferand, dem General Crozet und dem Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen, Berthelot, bestehen.

Paris, 10. September. Wie in Washington amtlich bekanntgegeben wird, werden die Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz die Staatssekretäre Hughes und Wilson Root sowie die Senatoren Lodge und Underwood sein.

Die Völkerbundsversammlung.

Die ober-schlesische Frage.

London, 9. September. Reuters meldet aus Genf, daß der Sonderausschuß des Völkerbundesrates zur Behandlung der ober-schlesischen Frage tätig an der Arbeit sei. Der Ausschuss werde seinen Bericht nicht einen Augenblick länger verzögern, als für eine angemessene Erwägung der Frage notwendig ist.

Die Mandatsfrage.

Genf, 9. September. Auf Antrag des Präsidenten der Völkerbundsversammlung hat diese in der heutigen Sitzung beschlossen, den Antrag Cecil über die Mandatsfrage der Kommission zu unterbreiten. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: Die Versammlung bedauert die Verzögerung, die bisher die Mandatsfrage erlitten hat. Sie erkennt an, daß der Rat nicht die Verantwortung dafür trägt, und verleiht der Meinung Ausdruck, daß es angebracht wäre, sofort in eine Definitive der Mandate A und B überzugehen. Der dritte und letzte Redner der heutigen Debatte war der persische Delegierte Gholag-Doulah, der erklärte, daß die ober-schlesische Frage sich zu einem europäischen Standpunkt auswickeln, falls man nicht bald eine glatte Lösung finde.

Die Kommission zur Abrüstung und Blockade.

Genf, 9. September. Die 3. Kommission der Völkerbundsversammlung zur Abrüstung und Blockade trat gestern nachmittags unter dem Vorsitz Brantings in öffentlicher Sitzung zusammen, um den Bericht der internationalen Blockadekommission zu prüfen. Branting wies in einer längeren eindrucksvollen Rede auf die Gefahr hin, daß dem Artikel 18 zufolge ein Völkerbundsmitglied, das einem anderen Mitglied den Krieg erklärt, sich mit allen anderen Völkerbundsstaaten im Krieg befindet. Schließlich wurde die Unterkommission beauftragt, den Entwurf der internationalen Blockadekommission zu präzisieren und die Schlussfolgerungen zusammenzufassen. Über

Die Kommission für technische Organisationen.

Genf, 10. September. Die zweite Kommission für technische Organisationen beschloß gestern nachmittags unter dem Vorsitz Tala Jonecus-Rumänien, daß in Zukunft die Sitzungen öffentlich sein sollen. Ador-Schweiz erstattete Bericht über die Tätigkeit der Wirtschafts- und Finanzkommission, die besonders heikle Probleme wie die internationalen Kredite und die Wiederherstellung Österreichs zu verhandeln hatte. Die von dieser Kommission vorgelegenen Lösungen sind sofort anwendbar. Die praktische Durchführung hängt nur, wie Ador betonte, von den Regierungen ab. In der allgemeinen Aussprache stimmte die Kommission dem Wunsch der Konferenz von Barcelona zu, wonach die Verkehrs- und Transitzonferenz sich ohne weiteres versammeln kann, wenn ein Drittel der Mitglieder dies verlangt.

Die Hilfe für Rußland.

Genf, 9. September. In der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung hielt Rußland eine lange Rede für das Hilfswerk, welches das ungeheure Elend in Rußland lindern soll. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man bei der Durchführung des Hilfswerkes sich in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbefreiung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Diese Erklärung machte einen tiefen Eindruck in der Versammlung und auf den Teilnehmern.

London, 9. September. 'Daily Herald' zufolge ist die Antwort der Sowjetregierung auf die vom Vorsitzenden der Internationalen Konferenz gegen die Hungersnot, Koulens, nach Moskau gelangte Note bei der russischen Handelsdelegation in London eingetroffen. Tschichowin erklärt in seiner Antwort, die Note Koulens' mache, daß dem hungernden russischen Volk eine wirksame

die Richtlinien, welche die Unterkommission dabei gefolgt, sagt eine Mitteilung des Völkerbundssekretariats, daß sie einer Anregung Brantings entsprechend weniger eine Abänderung des Textes des Artikels 18 als die Anwendungsmöglichkeit dieses Artikels auf der Grundlage des Berichtes festzusetzen haben.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 10. September. Havas gibt folgenden telegraphischen Bericht aus Angora wieder: Unsere Armee, die trotz zweiwöchiger ununterbrochener Kämpfe ihre Gefechtsfähigkeit bewahrt hat, ist jetzt durch frische Truppen verstärkt worden. Alle Bemühungen des Feindes, zuerst unseren linken dann unseren rechten Flügel zu umgehen, blieben erfolglos. Dank der Tapferkeit der Truppen wurden alle griechischen Angriffe abgewiesen. Der Ansturm der Griechen ist gebrochen. Ihre Verluste übersteigen 30 000 Mann.

Konstantinopel, 10. September (Havas-Meldung.) Die Schlacht östlich von Salaria dauerte etwa zehn Tage. Seit dem 1. September ist sie endgültig abgeschlossen. Seitdem herrscht verhältnismäßige Ruhe an der ganzen Front. Nach Ansicht ausländischer Offiziere, welche die Schlacht verfolgten, haben die auf die Bekämpfung des Nationalheeres gerichteten griechischen Angriffe nicht zum Ziele geführt. Das einzige Ereignis sei die Befreiung der Befestigungen der ersten türkischen Linie durch die Griechen. Die griechische Armee drang östlich von Salaria ungefähr 50 Kilometer vor. Nach türkischer Auffassung bleibt dem griechischen Generalstab nur die Wahl, entweder die Offensivfortschritte oder sich auf die Linie Gökischir-Önd Schos zurückzuziehen.

Wien, 10. September. General Stratigod, der stellvertretende Chef des Generalstabs, der in der vergangenen Nacht hier eintraf, bezeichnet im Gespräch zu obiger Meldung die militärische Lage als sehr befriedigend. Der Generalstab sei überzeugt, daß der Feldzug bald beendet sein wird.

Unterstützung zu bieten, nur Vorschläge, die Zweifel am Wunsch der Verbündeten, Hilfe zu leisten, aufkommen ließen. Statt den Hungern zu helfen, ziehe es der internationalisierte Ausschuss vor, die gesamte innere Lage Rußlands zu untersuchen. Während Tausende infolge Lebensmittelmangels starben, schloge Koulens eine Kommission vor, um die Lebensmittel für die Hungernden zu sammeln.

London, 9. September. Wie die Blätter melden, bräute der englische Gewerkschaftskongress in einer Enschließung sein tiefstes Mitgefühl mit dem russischen Volk in seinem augenblicklichen Unglück aus und fordert die britischen organisierten Arbeiter auf, das russische Volk finanziell bis zum äußersten zu unterstützen. Der Generaltat wurde in der Enschließung aufgefordert, einen Fonds zur Bekämpfung der russischen Hungersnot zu gründen. Die britische Regierung wurde aufgefordert, die russische Regierung anzuerkennen. 'Evening Standard' erklärt, bevor es klar sei, in welcher Weise Rußland Hilfe geleistet werden könne und unter welchen Garantien diese Hilfe den Bedürftigen erteilt werden solle, dürften die verbündeten Regierungen keinerlei Unterstützung weder direkt noch indirekt gewähren. Man nehme an, daß die Haltung Moskaus dazu führen werde, daß das offizielle Hilfswort, das in Paris tagte, aufgestellt werde.

Starts in Deutschland.

Paris, 10. September. Havas meldet aus Rom: Starts, der politische Sekretär, und drei Abgeordnete der Volkspartei begaben sich nach Deutschland, um, wie die Zeitungen erklären, mit führenden Persönlichkeiten des deutschen katholischen Zentrums über ein internationales Abkommen unter den Katholiken Europas zu verhandeln. Zu dem gleichen Zwecke werden sie sich auf der Rückreise nach der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich begeben.

Zur Wiederherstellung des deutschen Münzwesens.

Von Prof. Dr. Buchenau (München).

Wegen des Schwandens unserer Papierwälua und der Silberpreise muß das Umlaufverhältnis dieses Reichsschillings zur Papiermark seitens der Reichsbank normiert und je nach Bedarf neu geregelt werden. Diese Unbequemlichkeit müssen wir in einer Zeit, wo alles schwankt und zu versinken droht, wohl oder übel in den Kauf nehmen; unsere Mitvorderen waren im Geldwesen größere Unbequemlichkeiten gewöhnt. Der Umlaufwert des Feinsilberschillings muß amtlich höher normiert werden als sein momentaner Silberwert von 7,65 Papiermark, weil mit etwa 20 Pf. Prägekosten für das Stück, mit möglicher Erhöhung des Silberfußes und etwaigen weiteren Sinken der Papiermark zu rechnen ist. Dazu wäre den Reichsmünzen ein gewisser Münzgewinn zuzurechnen, der, als die Silbermark Silbermünze der Goldwährung war und zuletzt nur zwischen 30 bis 40 Pf. Metallwert hatte, erheblich war. Ergie die Reichsbank den Umlaufwert des Feinsilberschillings auf 8 Papiermark, so wäre das für gegenwärtig vorerst aber gegenüber den erwähnten Schwankungsmöglichkeiten zu knapp, sollte sie ihn auf 10 M., so wäre das reichlich hoch, bräute jedoch höheren Gewinn und würde besser zum Dezimalsystem passen, sobald auch die Papiermark und ihre Erbschaftsmünzen sich bequem an den Schilling angliedern würden. Auch der Gefahr des Abfließens der neuen Silbermünze in das Ausland wäre durch deren höhere Normierung besser vorgebeugt. Überdies wäre unerlaubter Export dieser Münze und deren industrielle Verarbeitung, sowie ihr Verkauf durch Edelmetallhandlungen zu unterliegen. Als Wertmesser müßte die neue Schillingmünze, von der man auch doppelte und fünfjährige Stücke prägen würde, in unbeschränkter Höhe in Zahlung genommen werden. Sodann müßte wie früher die freie Goldprägung, so jetzt die freie Silberprägung für Private gestattet sein; d. h. wer der Reichsbank und ihren Organen, oder den deutschen Münzhütten Silber in beliebiger Form und Mischung in beliebiger großen Mengen bringt, wird dieses gegen Erstattung von Prägekosten und nötigenfalls von Gebühren für die Präzisierung gegen neu gemünzte Reichsschillings oder in dem entsprechenden Kursverhältnis in Papiermark zurückerhalten. Das jetzige Bestehen der Reichsbank, alte Silbermark für nur je 3 Papiermark anzukaufen, wäre alsdann aufzugeben.

Normierte man den Nennwert des Schillings auf 10 Papiermark, demnach mindestens 2 M. über die Herstellungskosten, so würde es recht und billig sein, daß das Reich dem Silberlieferanten für größere Quantitäten einen je nach Umständen zu vereinbarenden Anteil am Münzgewinn bewilligt, denn es ist für die rasche Wiederherstellung eines geordneten Edelmetallumschlages von Wichtigkeit, daß der mit Unkosten und Risiko belastete Handel reichlich Metall herbeschafft. Wenn man nur ein Viertel der für 1920 auf 80 000 000 Unzen geschätzten mexikanischen Silberausbeute gegen Import deutscher Waren erlangen könnte, so ließe sich daraus je für den Kopf der Bevölkerung des Reiches nahezu ein Silberschilling münzen, das wäre dann wenigstens eine Grundlage; vor dem Kriege arbeiteten unsere Münzhütten daran, den Bestand an Reichsilbermünzen bis auf 10 M. für den Kopf der Bevölkerung zu bringen. Für eine als Hauptwährung geltende Silbermünze wäre ein wesentlich höherer Kopfbeitrag erwünscht und würde, falls erreichbar, einen nennenswerten wiederhergestellten Wohlstand bedeuten.

Will man einwenden, daß diese reine Wertmünze zunächst 'gebannt' werden wird, so wolle man sich erinnern, daß vor der Einführung von Banken und Sparkassen jedes Geldstück, das der menschliche Fleiß sich erübrigte, 'theauriert', d. h. in Kästen, Töpfen und Stumpfen aufbewahrt wurde, sobald die zahlreichen Münzhütten kein neue Arbeit zur Schaffung neuer Zahlungsmittel fanden. Der Indier und Chinese verfährt mit dem Münzsilber so noch heute. Unsere gegenwärtigen sechs deutschen Münzhütten fänden dann Gelegenheit, zu erweisen, daß sie gegenüber der einen Pariser Münze, womit Frankreich Fein-

silbermünzen zunächst 'gebannt' werden wird, so wolle man sich erinnern, daß vor der Einführung von Banken und Sparkassen jedes Geldstück, das der menschliche Fleiß sich erübrigte, 'theauriert', d. h. in Kästen, Töpfen und Stumpfen aufbewahrt wurde, sobald die zahlreichen Münzhütten kein neue Arbeit zur Schaffung neuer Zahlungsmittel fanden. Der Indier und Chinese verfährt mit dem Münzsilber so noch heute. Unsere gegenwärtigen sechs deutschen Münzhütten fänden dann Gelegenheit, zu erweisen, daß sie gegenüber der einen Pariser Münze, womit Frankreich Fein-

silbermünzen zunächst 'gebannt' werden wird, so wolle man sich erinnern, daß vor der Einführung von Banken und Sparkassen jedes Geldstück, das der menschliche Fleiß sich erübrigte, 'theauriert', d. h. in Kästen, Töpfen und Stumpfen aufbewahrt wurde, sobald die zahlreichen Münzhütten kein neue Arbeit zur Schaffung neuer Zahlungsmittel fanden. Der Indier und Chinese verfährt mit dem Münzsilber so noch heute. Unsere gegenwärtigen sechs deutschen Münzhütten fänden dann Gelegenheit, zu erweisen, daß sie gegenüber der einen Pariser Münze, womit Frankreich Fein-

silbermünzen zunächst 'gebannt' werden wird, so wolle man sich erinnern, daß vor der Einführung von Banken und Sparkassen jedes Geldstück, das der menschliche Fleiß sich erübrigte, 'theauriert', d. h. in Kästen, Töpfen und Stumpfen aufbewahrt wurde, sobald die zahlreichen Münzhütten kein neue Arbeit zur Schaffung neuer Zahlungsmittel fanden. Der Indier und Chinese verfährt mit dem Münzsilber so noch heute. Unsere gegenwärtigen sechs deutschen Münzhütten fänden dann Gelegenheit, zu erweisen, daß sie gegenüber der einen Pariser Münze, womit Frankreich Fein-

silbermünzen zunächst 'gebannt' werden wird, so wolle man sich erinnern, daß vor der Einführung von Banken und Sparkassen jedes Geldstück, das der menschliche Fleiß sich erübrigte, 'theauriert', d. h. in Kästen, Töpfen und Stumpfen aufbewahrt wurde, sobald die zahlreichen Münzhütten kein neue Arbeit zur Schaffung neuer Zahlungsmittel fanden. Der Indier und Chinese verfährt mit dem Münzsilber so noch heute. Unsere gegenwärtigen sechs deutschen Münzhütten fänden dann Gelegenheit, zu erweisen, daß sie gegenüber der einen Pariser Münze, womit Frankreich Fein-